



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Herrn Oberbürgermeister

Manfred Rouhs

Fritz Schramma

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	

Rücktritt des Oberbürgermeisters Fritz Schramma

Die Fraktion pro Köln verlangt hiermit die unverzügliche Einberufung des Rates der Stadt Köln gemäß § 47 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Gegenstand der Beratung soll der nachfolgende Antrag der Fraktion pro Köln „Rücktritt des Oberbürgermeisters Fritz Schramma“ sein. Bitte terminieren Sie die Ratssitzung im Juli 2007. Wir erbitten eine Mitteilung über den von Ihnen festgesetzten Termin bis Freitag, den 6. Juli 2007.

Antrag:

Der Rat der Stadt Köln fordert Herrn Fritz Schramma auf, vom Amt des Oberbürgermeisters zurückzutreten.

Begründung:

Dem Ansehen der Kölner Kommunalpolitik ist in diesen Tagen wieder einmal durch Vorwürfe der Vorteilsnahme an die Adresse des Oberbürgermeisters schwerer Schaden zugefügt worden. Die Nachrichtenagentur DDP hat in diesem Zusammenhang folgende Meldung verbreitet:

„Bei den Ermittlungen zu mutmaßlichen «Lustreisen» kommunaler Politiker gerät nun offenbar auch der Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) unter Druck. Wie das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» am Samstag vorab meldete, könnte ein Luxustrip nach St. Petersburg für Schramma ein juristisches Nachspiel haben. Laut «Spiegel» hatten der Kölner OB und neun Mitreisende im Juli 2002 während der Russland-Reise einer Delegation der KölnMusik GmbH innerhalb von nur vier Tagen Kosten in Höhe von etwa 75.000 Euro verursacht. Die KölnMusik GmbH, die als Betreiberin der Philharmonie vom Steuer- und Gebührenzahler unterhalten wird, übernahm unter anderem die fast 18.000 Euro teure Unterbringung in einem Fünf-Sterne-Hotel. Die Staatsanwaltschaft Köln wird den Angaben

zufolge nun gegen Schramma und Mitreisende wegen des Verdachts der Untreue ermitteln. Wie der Oberbürgermeister dem Magazin zufolge sagte, sei die «Intensivierung des kulturellen Austausches» Ziel der Reise gewesen. Anfang 2006 war bekannt geworden, daß E.ON Ruhrgas und Thyssengas «Lustreisen» für Kommunalpolitiker bezahlt hatten. Im Rahmen der Ermittlungen ergab sich bei zahlreichen Kommunalpolitikern der Verdacht der Vorteilsnahme. Zudem wird gegen etliche Vertreter von Stadtwerken, Verwaltungschefs und Energiemanager ermittelt.“

Unabhängig von der Frage, welche Vorwürfe gegen bestimmte Akteure in der Kölner Kommunalpolitik im einzelnen belegt werden können und welche nicht, schadet die beständige Wiederkehr derartiger Debatten der Stadt Köln in der Außenwahrnehmung erheblich. Unübersehbar ist zudem, daß in diesem Zusammenhang unter der Verantwortung von Fritz Schramma bestehende Möglichkeiten, Fehler und als problematisch interpretierbare Verhaltensweisen zu verhindern, nicht im vollen Umfang genutzt worden sind. Weniger wäre manchmal mehr gewesen. Daraus sollte Fritz Schramme endlich die erforderlichen Konsequenzen ziehen.

gez. Rouhs